

# Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Telegraph-Adresse:  
Volksfreund Schneeberg.

Verantwortlicher:  
Schneeberg 31.  
Aue 25.  
Schwarzenberg 19.

Amtsblatt für die königl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johann-georgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg und Wildenfels.

Nr. 227

Der „Erzgeb. Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonntagen und Festtagen. Abonnement vierteljährlich 1 Mark 80 Pf. Anzeigen werden zu 20 Pf. pro Zeile mit 10 Wp. im amtlichen Theile der Tagesblätter und zu 25 Pf. pro Zeile mit 10 Wp. im amtlichen Theile der Wochenblätter berechnet; tabellarischer, außerordentlicher Satz nach erstem Tarif.

Dienstag, 29. Septbr. 1896.

503-Getragene Nr. 2100.

Anzeigen-Kosten für die am Nachmittage erscheinende Nummer bis Sonntag 11 Uhr. Eine Zeile für die nächstfolgende Aufnahme der Anzeigen bis an den bezeichneten Tagen sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben. Ausdrückliche Aufträge nur gegen Vorauszahlung, für Rückgabe angelegener Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verantwortlich.

49.

Jahrgang.

## Zwangsversteigerung.

Die im Grundbuche auf den Namen des Tischlers Otto Hermann Klinger in Nieder-alfalter eingetragenen Grundstücke

- 1., **Brandruine, Scheune, Feld und Garten**, Folium 80 des Grundbuchs für Niederalfalter, Nr. 107, 108a, 108b, 109 des Flurbuchs für diesen Ort, ortsgewöhnlich auf 2700 M. geschätzt,
- 2., **Feld, Wiese, Schieferbruch**, Folium 97 des Grundbuchs für Niederalfalter, Nr. 121d des Flurbuchs für diesen Ort, ortsgewöhnlich auf 1000 M. geschätzt,

wollen und zwar erstens mit der darauf entfallenden Brandschadensvergütung an 5740 M. im hiesigen Amtsgerichte zwangsweise versteigert werden und es ist

**der 30. October 1896**

Vormittags 10 Uhr  
als **Anmeldetermin**,

**der 16. November 1896**

Vormittags 10 Uhr  
als **Versteigerungstermin**,

**der 26. November 1896**

Vormittags 10 Uhr

als **Termin zu Verkündung des Vertheilungsplans**

anberaumt worden.

Die Realberechtigten werden aufgefordert, die auf den Grundstücken lastenden Rückstände an wiederkehrenden Leistungen, sowie Kostenforderungen, spätestens im Anmeldetermine anzumelden. Eine Uebersicht der auf den Grundstücken lastenden Ansprüche und ihres Rangverhältnisses kann nach dem Anmeldetermine in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Amtsgerichts eingesehen werden.

Löbnitz, am 25. September 1896.

**Königliches Amtsgericht.**

Schla.

**Löbnitz.** Der 11. Termin Staats-Einkommensteuer mit Zuschlag zur Handels- und Gewerbekammer, sowie der

Schneeberg, am 26. September.

## Wochenchau.

In unserem innerpolitischen Leben handelte es sich hauptsächlich um die Existenzfrage der nationalliberalen Partei; u. z. waren es die eigenen Angehörigen, welche dieselbe aufrichteten. Wie bei jeder Mittelpartei giebt es bei den Nationalliberalen einen nach rechts und einen nach links neigenden Flügel; letzterer, hauptsächlich von der Nationalregierung und — seit Herr von Bennigsen sich von ihm zurückgezogen hat — dem hannoverschen Courrier repräsentiert, unterscheidet sich wenig oder gar nicht mehr von dem rechten Flügel der Freisinnigen. Er wird gebildet von denjenigen Elementen, deren radikal-demokratische Gesinnung nur von der Neigung zur Machtanbetung übertrifft wird. So lagen sie früher der Gewalt des großen Kanzlers zu Füßen; jetzt aber huldigen sie in Ermangelung eines edleren Prinzips der jüdischen und manchesterlichen Kapitalmacht. Dieser linke Flügel nun verlangt in Angelegenheit des kommenden Delegirtentages, die Partei solle — mit Ausnahme einiger, den Konservativen zu überlassenden Agrarier — mit Saft und Pack ins Lager der Freisinnigen abziehen. Ziel: eine große liberale Partei mit Preisgabe aller landwirthschaftlichen Interessen, Austritt aus der wirtschaftlichen Vereinigung u. f. w., so ungefähre lauten die Forderungen für die künftigen Mitglieder, die also jede eigene Meinung, auf die hin sie ihr Mandat besitzen, grundsätzlich zu verleugnen hätten. Da aber ein Herübergehen Eugen Richters nicht wohl denkbar ist, so würde der jeffersonianischen nationalliberalen Linken nichts übrig bleiben, als ihrerseits sich Eugen Richter in die Arme zu werfen. Natürlich kamen von der rechten Seite scharfe Entgegnungen; man wies mit gutem Rechte die Vorwürfe der Linken in Betreff agrarischer Sympathie zurück und wies auf die historische Bedeutung der nationalliberalen Partei und die Nothwendigkeit ihrer weiteren Existenz als Vermittlerin hin. Noch harret der Streit des Austrages; aber es will uns scheinen, als wenn diesmal, im Widerspruch zum Prinzip der schiefen Ebene, die Rechte der Linken über wäre.

Seit manchesterlich ist auch die Sucht der nationalliberalen Linken, gegen die Organisation des Handwerks anzukämpfen und sich dabei unläuterer Begründungen zu bedienen. Wenn die Handwerkervereinigungen sich für die Gewerbetreibenden pp. gegen die Zwangsorganisation ausgesprochen haben, so muß doch jeder Unbefangene zugeben, daß in den Handwerkervereinigungen die Handwerker, in den Handels- und Gewerbetreibenden aber die Händler zum Worte gekommen sind, die zwar vom Handwerk nichts verstehen, aber von seiner billigen erworbenen Arbeit mühelosen Gewinn einstreifen. Nichts ist auch für das konsumirende Publikum nothwendiger, als gerade diese Art Leute aus dem Handwerk los zu werden. Aber die Linken-Nationalliberalen gaben sich den Anschein, das nicht zu verstehen. Sie nennen die der Zwangs-Organisation geneigten Handwerker nur „Jünkler“, in der Hoffnung, daß dieser Name wegen seines Alters allmählich einen komischen Klang erhalten möge; sie leiten aus dem Umstande, daß in den bisherigen

facultativen Innungen nicht die Mehrzahl der Handwerksmeister vertreten gewesen sei, den Trugschluß ab, daß die Handwerker die Innungen überhaupt nicht wollen, während es ganz selbstverständlich ist, daß viele Handwerksmeister, die nur von den Zwangsinnungen Segen erwarten, gerade aus diesem Grunde den facultativen Innungen nicht beigetreten sind. Ja, und wenn sie, in die Enge getrieben, endlich auf die vielen Bevormundungs-Paragraphe des Organisationsentwurfes hinweisen, so sollte man hierin ein verrätherisches Geheimniß wittern und beinahe auf den Gedanken kommen, die den Innungen abgeneigten Väter des Entwurfs hätten jene bedenklichen Paragraphe zum Zwecke der Ablehnung eingefügt.

Unter den Delegirten zu dem nächsten sozialdemokratischen Kongresse befindet sich auch der Privatdozent an der Berliner königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität Dr. Arons, welcher in einer der sozialdemokratischen Versammlungen, in denen das Programm des Kongresses besprochen und die Wahl der Delegirten vorgenommen worden ist, auch als Redner auftrat.

Das Obergericht hat unter nachdrücklicher Betonung der Thatsache, daß die Sozialdemokratie nicht eine politische Partei sei, wie eine andere, sondern grundsätzlich den Umsturz unserer ganzen Staats- und Rechtsordnung anstrebe, erkannt, daß der Bürgermeister von Kolberg, Herr Kummer, seine Dienstpflicht verletzt hat, weil er den Saal eines städtischen Gebäudes zur Abhaltung einer sozialdemokratischen Versammlung hergab. Ihm ist jetzt auch die Berechtigung entzogen worden, die Landwehruniform zu tragen.

Man braucht diese beiden Thatsachen nur einfach einander gegenüberzustellen: sie sprechen auch ohne Kommentar deutlich genug. Es ist ein mit der Gleichheit vor dem Gesetz und dem Rechtsbewußtsein ganz unvereinbarer Zustand, wenn auf der einen Seite ein nur mittelbarer Staatsbeamter diszipliniert wird lediglich deshalb, weil er den Sozialdemokraten einen städtischen Raum für eine Wahlversammlung nicht verweigert hat, auf der anderen Seite ein Privatdozent nicht nur ruhig Mitglied des Lehrkörpers einer königlichen Universität bleiben kann, sondern auch keinerlei Disziplinarmassregeln ausgesetzt ist, obwohl er sich praktisch und öffentlich an der sozialdemokratischen Propaganda und Agitation betheiliget.

Die freihändlerische Presse bemüht sich, die erschwerten Zollmassregeln Rußlands den Agrariern in die Schuhe zu schieben, indem sie behauptet, daß die Sperrung der östlichen Grenze für die Vieheinfuhr von diesen nicht aus veterinärpolizeilichen Gründen, sondern zur Hebung der Viehpreise im Inlande gefordert werde. Diese Behauptung entbehrt der Begründung. Die Frage der Grenzsperrung gegen ausländisches Vieh, insbesondere der Sperrung der östlichen Grenze, ist hier zum Gegenstand parlamentarischer Verhandlung gemacht worden. Dort sind auch die agrarischen Wünsche und Forderungen mit allem Nachdruck vertreten worden. Allein in allen Fällen war es die Gefahr der Verseuchung unseres Viehstandes, durch welche die Forderung einer Verschärfung des Schutzes an den Grenzen begründet wurde. Man berief sich dabei insbesondere auf die ungünstigen Erfahrungen, welche in

II. Termin Brandcassenbeiträge nach 1. 4 für die Einheit sind **spätestens bis zum 15. October d. J.** an unsere Steuer-Einnahme zur Vermeidung zwangsweiser Beitreibung zu bezahlen.

Rath der Stadt Löbnitz, 26. September 1896.

Zieger, Drgm.

## Bekanntmachung.

Die **Einkommensteuer** auf den 2. Termin und der mit diesem gleichzeitig zu erhebende **Beitrag zur Handels- und Gewerbekammer**, die **Renten** für den 3. Termin, sowie die **Brandkasse** für den 2. Termin 1896 sind fällig, und bei Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung

**bis zum 15. October d. Js.**

an unsere Stadtsteuer-Einnahme zu entrichten.

Aue, den 26. September 1896.

**Der Rath der Stadt.**

Dr. Kreschmar.

## Bekanntmachung.

Die städtischen Kollegien haben beschlossen, eine **Realschule zu errichten**. Der Anfang soll zu Michaelis a. c. mit 3 Klassen gemacht werden, welche den Klassen VI, V, IV der Realschule entsprechen.

Aufnahmefähig sind körperlich und geistig kräftige Knaben, welche zu Ostern das 3. Schuljahr vollendet haben.

**Anmeldungen von Schülern** haben zu geschehen bei dem Unterzeichneten. Derselbe ist zu sprechen

**an sämtlichen Wochentagen**

**von 11—12 Uhr vormittags und 4—5 Uhr nachm. in der Rathsexpedition, außerdem Sonntags**

**von 10—12 Uhr vormittags in seiner Wohnung, Schwarzenbergerstraße 21.**

Bei der Anmeldung sind vorzulegen das Taufzeugniß oder Geburtszeugniß, der Impfschein und ein Entlassungszeugniß der Schule, welche der aufzunehmende Schüler zuletzt besucht hat. Der Tag der Aufnahmeprüfung wird noch festgesetzt werden. Das Schulgeld beträgt 80 Mark jährlich.

Aue, am 18. September 1896.

**Raz Siegert**, dir. Oberlehrer.

Bezug auf die Gesundheit unserer werthvollen Viehbestände in der Zeit der lagen veterinärpolizeilichen Praxis der Aena Caprioli gemacht sind, und auf die bedauerlichen Verluste von Nationalvermögen, welche damals zu beklagen waren. Daß die Grenzsperrung auch nur von einer Seite gefordert worden wäre, um den heimischen Viehpreis zu heben, ohne daß man von der Einfuhr eine Verseuchung gefürchtet habe, dürfte nicht zu erweisen sein. Die verschärften veterinärpolizeilichen Massregeln haben denn auch, wie die Denkschrift über die zur Förderung der Landwirthschaft in den letzten Jahren ergriffenen Massregeln feststellen kann, betreffs der Rinderpest zu einem vollständigen Erfolge geführt; betreffs der übrigen Viehkrankheiten, die nicht lediglich auf Einschleppungen aus dem Auslande zurückzuführen sind, ist wenigstens die Einfuhr weiteren Krankheitsstoffes verhindert worden.

Die wahrheitswidrige Darstellung unserer freihändlerischen Presse bezweckt in erster Linie offenbar die Verheerung unserer Industrie gegen die Landwirthschaft; sie hat aber auch — ob bewußt oder unbewußt — die Tendenz, in der aus Anlaß jener Zollmassregeln zwischen Rußland und dem Reich entstandenen Kontroverse, deren friedlicher Ausgang ja erhofft werden darf, den russischen Standpunkt gegenüber dem deutschen zu unterstützen. Eine Stellungnahme, welche sich die englische oder französische Presse niemals zu schaden kommen lassen. In unserer freihändlerisch-freistinnigen Presse ist aber das Nationalbewußtsein bedauerlicherweise sehr schwach entwickelt.

Der vielumworbene Jar hat seinen Wanderstab nach England fortgesetzt, wo er zunächst in Balmoral, dem schottischen Sommerstuge der Königin Victoria als Gast weilte. Daß er sich auf vieles Drängen bereit zeigte, Lord Salisbury zu empfangen, entspricht der internationalen Höflichkeit; wenn die Engländer aber in ihrer dummdreisten Unverschämtheit sich einbilden, ihr Lord könne dem vorfichtigen Jaren weismachen, daß Englands Auftreten im Orient nur von den selbstlosesten Absichten diktiert sei, so kann man dazu doch nur lächeln. Rußland und England können im Oriente nie an einem Strange ziehen.

Wie man in Rußland selbst die übertriebenen Umschmeichelungen des Jaren versteht, das läßt ein gerade jetzt geschriebener Artikel der Nowoje Wremja erkennen, welcher lautet:

Jedenfalls ist England mit der angelegentlichsten Idee einer Forcierung der Dardanellen gründlich hineingefallen, wenn auch der alte Gladstone sich dafür ausgesprochen hat. Nicht nur die Porte, sondern auch die Großmächte haben gegen einen solchen Plan so energisch Front gemacht, daß John Bull mit herabhängenden Ohren den Rückzug antreten mußte. Das Blatt schreibt ferner:

Die Nothwendigkeit, die ägyptische Frage ungeklämt auf die Tagesordnung zu setzen, wird mit jedem Tage dringlicher. Die Zeit zwischen den ersten kriegerischen Erfolgen des Expeditionskorps des Generals Kitchener und der Einnahme Chartams muß hierfür ausgenutzt werden. Sobald diese Stadt eingenommen, wird es zu spät sein, den für die seefahrenden Mächte Europas äußerst gefährlichen Folgen der endgiltigen Festsetzung der Engländer in Egypten vorzubeugen. . . Das einzige Mittel,